

Antrag zur Bildung

In dem Positionspapier „Bildungspolitische Eckpunkte des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg“ sind die bildungspolitischen Ziele der SPD klar und deutlich formuliert. Der Abschnitt 4.7 „Bildung in der lernenden Gesellschaft“ bis einschließlich des Unterabschnitts „Gemeinsames Lernen“ im Bremer Entwurf (Seite 50, Zeile 5 bis Seite 52, Zeile 40) soll anhand dieses Papiers überarbeitet und neu formuliert werden.

Begründung:

Der Bremer Entwurf formuliert die bildungspolitischen Vorstellungen der SPD viel zu zaghaft und wolkig. Wenn selbst CDU-regierte Länder (Hessen und Hamburg) damit begonnen haben, unsere Forderungen teilweise umzusetzen, besteht für die Sozialdemokratie keinerlei Anlass mehr, ihre schulpolitischen Vorstellungen hinter wolkigen Formulierungen und Formelkompromissen zu verbergen. Eine Umformulierung könnte etwa wie folgt aussehen:

4.7 Bildung in der lernenden Gesellschaft

Bildung entscheidet unsere Zukunft. Sie ist die große soziale Frage unserer Zeit. Gleichzeitig ist Bildung ein zentrales Element der Sozialpolitik. Sie erst ermöglicht dem Menschen, sich selbst bestimmte Ziele zu setzen und Träume zu verwirklichen. Sie erschließt ihm den Zugang zu einer Welt im Wandel. Sie befähigt ihn zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Sie eröffnet ihm die Chance auf Arbeit und verbessert die soziale Sicherheit, von der Jugend bis ins hohe Alter. Vor allem Bildung sorgt immer neu für Teilhabe und soziale Aufstiegsperspektiven. Insofern korrespondiert unser Ziel der gleichen Bildungschancen für alle mit dem Leitbild des „Vorsorgenden Sozialstaates“.

Wir wollen den freien Zugang zu Informationen, zu Bildung und Wissen. Eine gerechte Gesellschaft muss Chancengleichheit verwirklichen. Jede Form der Ausgrenzung durch mangelnde Bildungschancen müssen wir überwinden. Von der frühkindlichen Bildung bis zum ersten beruflichen Abschluss müssen wir Eltern und Kindern den Weg frei machen und finanzielle Hürden beseitigen. Bildung ist ein Menschenrecht. Daher hat jeder Mensch das Recht auf eine gebührenfreie Ausbildung vom Kindergarten bis einschließlich des Studiums.

Wir wollen eine ganzheitliche Bildung. Sie richtet sich auf theoretisches Wissen, soziale Kompetenzen und beruflich verwertbare Inhalte. Sie umfasst nicht minder die ästhetische Erfahrung, die ethische Reflexion und die Wertevermittlung. Um unsere offene Gesellschaft zu stärken, brauchen wir eine Aufwertung der politischen Bildung und Erziehung zur Demokratie. Umfassende kulturelle und soziale Bildung stärkt die Persönlichkeit. Starke Persönlichkeiten sind fähig zur Toleranz und respektieren andere Kulturen

Breites Bildungsverständnis als Grundlage für ein Bildungsgesamtkonzept

Bildung ist der umfassende Prozess der Entwicklung und Entfaltung derjenigen Fähigkeiten, die Menschen in die Lage versetzen, zu lernen, Leistungspotenziale zu entwickeln, zu handeln, Probleme zu lösen und Beziehungen zu gestalten. Junge Menschen in diesem Sinne zu bilden, ist nicht allein Aufgabe der Schule. Gelingende Lebensführung und soziale Integration bauen ebenso auf Bildungsprozesse in Familien, Kindertageseinrichtungen, Jugendarbeit und der beruflichen Bildung auf. Bildung zielt im umfassenden Sinn auf ein gelingendes Leben in einer demokratischen Gesellschaft. Ein erweitertes Bildungsverständnis überwindet die Trennung des Lernens in formelles, nicht-formelles und informelles Lernen. Die engen Zuständigkeitsgrenzen zwischen Familie (= Erziehung), Schule (= Bildung) und Jugendhilfe (= Betreuung) müssen aufgehoben werden.

Verhinderung früher Auslese als Voraussetzung gerechter Lebenschancen

Bildung gehört zu den entscheidenden Faktoren, die Lebenschancen beeinflussen. Deswegen müssen alle die gleichen Chancen haben, am Bildungsprozess teilzuhaben. Bildung war und ist immer auch eine „soziale Frage“. Wer jungen Menschen Teilhabe verwehrt, gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft. Deswegen muss unser Hauptanliegen sein: Kein Kind darf zurückgelassen werden, kein Jugendlicher darf ohne Zukunftschancen sein. Alle Kinder haben dasselbe Recht auf gute Betreuung und Bildung - von Anfang an. Von der Qualität der Erziehung und Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen hängen zugleich deren individuelle Lebenschancen und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes ab. Bildung beeinflusst ebenfalls das Geschlechterverhältnis. Das derzeitige Bildungssystem fördert ein geschlechtsspezifisches Berufswahlverhalten. Dies wirkt sich auf den Arbeitsmarkt vor allem zu Lasten von Frauen aus. Das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit ist daher ebenfalls zentraler Auftrag aller Bildungsbereiche. Darüber hinaus bleibt es dringende Aufgabe die Bildungsdiskriminierung junger Migrantinnen und Migranten zu überwinden, da diese eine gelingende Integration in die Gesellschaft nachhaltig behindert. Schlüssel dafür ist auch eine konsequente Verbreitung und Weiterentwicklung von früher Bildung und interkultureller Bildung.

Kinder und Jugendliche wachsen heute unter grundlegend veränderten Lebensbedingungen auf. Aus den vielfältigen gesellschaftlichen Verwerfungen, in die Kinder hineingeboren werden, und dem sinkenden Bewältigungspotential von „Familie“ ergeben sich Fragen nach einem neuen Verständnis von öffentlicher Verantwortung. Wir fordern eine Neujustierung des Verhältnisses von privater und öffentlicher Erziehung, sowie eine neue und stärkere öffentliche Aufmerksamkeit für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Es ist ein Skandal, dass Bildungschancen in Deutschland vor allem von der sozialen Herkunft der Kinder abhängen.

Dies steht keineswegs im Gegensatz zu familienorientierten Ansätzen, sondern anerkennt - ohne die Bedeutung von Familie irgendwie schmälern zu wollen - das faktisch schon vorhandene Ineinandergreifen von öffentlicher und privater Verantwortung in der Erziehung und Bildung junger Menschen. Die grundlegenden Fähigkeiten und Bereitschaften für lebenslange Bildungsprozesse werden in Familien gelegt. Die Familie muss daher in ihrer Bedeutung als maßgebliche Erziehungs- und Bildungsinstitution für Kinder und Jugendliche anerkannt und gefördert werden. Ein Abschieben der derzeitigen Bildungsmisere auf die Familien lässt diese aber allein und zwingt zu privaten Lösungen, die viele Familien überfordern und herkunftsbedingte Ungleichheiten weiter verstärken. Hier muss die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen junger Menschen durch eine differenzierte Förderung wahrgenommen werden.

Bildung von Anfang an

Die Förderung von Kindern beginnt für uns bei der gezielten Unterstützung von Schwangeren und Eltern. Die ersten Wochen und Jahre des Lebens sind entscheidend. An der Seite der Eltern sind Ärztinnen und Ärzte, Hebammen, Krankenschwestern und Krankenpfleger die ersten, die das Wohl und die Entwicklung des Kindes fördern. Wir wollen sie gut darauf vorbereiten.

Für uns sind Kindertagesstätten ein unverzichtbares Glied der Bildungskette. Sie können herkunftsbedingte Benachteiligungen frühzeitig ausgleichen. Der stetige Ausbau von Tagesbetreuungseinrichtungen als moderne Bildungsorte mit hochqualifizierten Erzieherinnen und Erziehern stellt dabei eine wesentliche Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems dar. Tageseinrichtungen sind dabei nicht nur Räume für Kinder, sie müssen vielmehr durch kommunale Vernetzung und Einbeziehung von Eltern und Jugendhilfe zu lokalen Bildungsgemeinschaften weiterentwickelt werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erfolgreich die Abschaffung des Schulgeldes erkämpft. Jetzt fordern wir die gebührenfreie Ganztagsbetreuung für alle Kinder von Anfang an. Ab dem zweiten Lebensjahr soll es einen Rechtsanspruch auf Betreuung geben.

Individuelles Fördern und Fordern als Strukturprinzip

Auch wenn Bildung die ökonomischen Determinanten für soziale Ungleichheit nicht aus sich heraus beseitigen kann, ist sie dennoch zur Herstellung von Chancengleichheit von entscheidender Bedeutung - und individuelle Förderung von leistungsschwächeren wie auch von leistungsstärkeren Schülerinnen und Schülern wird vor diesem Hintergrund zum Schlüsselbegriff für das gesamte Bildungswesen.

Ein frühes Aussondern oder die Zuweisung zu bestimmten Schultypen oder zwischen den Schultypen nach einem nicht aussagekräftigen Notenschlüssel oder einem veralteten Begabungsbegriff stehen dieser Philosophie entgegen. Individuelles Fördern und Fordern muss zu einem Strukturprinzip zur Erreichung optimaler Lern- und Entwicklungsleistungen werden, das im vorschulischen Bereich beginnt und sich in der Schule fortsetzt, den Übergang in den beruflichen Bereich bestimmt und eine lebenslange Lernkarriere ermöglicht. Der individuelle Lernfortschritt muss im Mittelpunkt stehen. Hierzu bedarf es neuer Lehr- und Lernformen sowie einem System selbst organisierten Lernens auf allen Lernstufen und in allen bildungsrelevanten Einrichtungen.

Dies bedeutet Verzicht auf Sitzenbleiben und an Stelle von Ziffernnoten individuelle Lernstandsberichte, die neben der Fachkompetenz soziale, methodische und personale Kompetenzen beinhalten. Hierfür müssen genügend personelle und materielle Ressourcen vor allem im Vorschul-, Grundschul- und Ganztagsschul-Bereich bereitgestellt werden.

Schulstruktur als Vehikel, nicht als Ziel von Reformbestrebungen

Schulstrukturen haben eine zu allererst der Pädagogik dienende Funktion. Schulstrukturereformen sind also Vehikel für Veränderungsprozesse, kein Selbstzweck; sie dürfen aber auch nicht tabuisiert werden. In diesem Sinne ist eine Reform der Schulstruktur in Deutschland aus inhaltlichen Aspekten und aus Gerechtigkeitsgesichtspunkten notwendig, denn ohne strukturelle Änderungen stoßen alle Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung und Qualitätssicherung von Unterricht an enge Systemgrenzen.

Schulerfolg hängt hierzulande in starkem Maße von der sozialen Herkunft ab. Gleichzeitig werden Kinder bereits im Alter von 10 Jahren nach angeblich unterschiedlichen Begabungen sortiert. Die Chancenlosigkeit der Kinder aus bildungsfernen Familien wird auf diese Weise vorprogrammiert. Die strukturelle Herkunftsbenachteiligung wird durch die frühe Auslese verstärkt. Die voraufklärerische Einteilung von Kindern und Jugendlichen in praktisch und theoretisch Begabte und eine an dieser Einteilung anschließende Unterscheidung von (volkstümlicher) Hauptschule und höherer Bildung muss überwunden werden. Eine Tabuisierung von Schulstrukturfragen ist nicht mehr aufrecht zu erhalten, zumal sich vor allem Vertreter aus der Wirtschaft und von organisierten Eltern sich bessere Schulen ohne eine Reform des Systems zunehmend weniger vorstellen können.

Wir wollen daher die Öffnung, Durchlässigkeit und Kooperation zwischen allen Schularten – einschließlich der Zusammenlegung von Hauptschulzügen und Realschulzügen zu einem neuen Schultyp (Gemeinschaftsschule) - nicht nur als Reaktion auf zurückgehende Schülerzahlen, sondern als Einstieg in einen Prozess, der auf eine 9-/10-jährige gemeinsame Schulzeit abzielt. Die Verlängerung der Grundschulzeit zunächst auf sechs Jahre, darauf aufbauend eine vierjährige Gemeinschaftsschule, in der der mittlere

Bildungsabschluss, aber auch der Hauptschulabschluss erreicht werden kann, und parallel hierzu ein 6-jähriges Gymnasium, das mit der allgemeinen Hochschulreife abschließt, ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Wir streben die Verankerung von gebundenen Ganztagschulen in allen Schularten in der Praxis und in den Schulgesetzen der Länder an. Wir wollen professionelle Ganztagschulentwicklung und Ganztagsbildung statt einer „Ganztagschule light“ auf ehrenamtlicher Basis.

Wir wollen, dass Schulen selbständiger arbeiten. Sie erhalten verbindliche Standards, und ihre Leistungsfähigkeit wird regelmäßig überprüft. Dabei sollen sie jedoch weit mehr eigene Kreativität und Kompetenz entfalten können. Dazu gehören auch die Auswahl des Personals und ein verlässliches Schulbudget. Unser Leitbild ist die demokratische Schule, in der die Lehrenden ebenso wie die Lernenden und ihre Eltern in die Entscheidungen eingebunden sind.